

Israels Landraub-Gesetz ist nur die Spitze des Siedlungs-Eisbergs

Haggai Matar, 972mag.com, 07.02.2017

Jeder der das neue Gesetz zur Authorisierung des Diebstahls privaten palästinensischen Lands verurteilt und dabei den Massendiebstahl vergisst der durch das Siedlungsunternehmen insgesamt erzeugt wird tut dem Kampf für Gleichheit in diesem Land Unrecht.

Montagnacht hat die Knesset das „Formalisierungsgesetz“ (auch als „Normalisierungsgesetz“ übersetzt) verabschiedet, das dutzende Siedlungsaußenposten (fast 4.000 Wohneinheiten) im Westjordanland nachträglich legalisiert. Das Gesetz formalisiert Siedlungsdiebstahl privaten palästinensischen Lands, das es dem Staat erlaubt den Palästinensern eine Kompensation aufzuzwingen für Land das ihnen gehört und das von Siedlern übernommen wurde.

Das Gesetz ist schockierend. Der von Netanyahu ernannte Generalstaatsanwalt hat bereits erklärt, dass das Gesetz nicht verfassungsgemäss sei und dass er es vor dem Obersten Gerichtshof nicht verteidigen könne. Mehrere NGOs haben bereits signalisiert, dass sie eine Petition einreichen werden, damit der Oberste Gerichtshof das Gesetz zu Fall bringen wird.

Das Gesetz ist auch deswegen bemerkenswert, weil die besetzten palästinensischen Gebiete nicht von Israel annektiert worden sind, was bedeutet, dass Gesetze innerhalb vom Militärregime bestimmt werden und nicht durch das israelische Parlament, das dort keine Rechtshoheit ausübt.

Doch abgesehen vom Schock, dass eine derart schreckliches Gesetz verabschiedet wurde, müssen wir uns daran erinnern, dass dieses Gesetz ein Tropfen im Ozean des gesamten Siedlungsunternehmens ist, Israels größtem Projekt in den besetzten Gebieten.

Jede israelische Regierung hat in den letzten 50 Jahren dazu beigetragen, mehr als 750.000 seiner Bürger in die von Israel 1967 besetzten Gebiete zu bringen. Die Etablierung von Siedlungen in besetzten Gebieten ist durch internationales Recht verboten, woran uns der UN Sicherheitsrat erst vor Kurzem erinnert hat. Kein Land hat bisher die Legalität der Siedlungen anerkannt, sogar der israelische Oberste Gerichtshof hat es abgelehnt.

Es gibt eine einfache Logik es einer Besatzungsmacht zu verbieten seine eigenen Bürger in das von ihm besetzte Gebiet zu transferieren: erstens um eine Lösung des Konflikts zu ermöglichen indem es den Staat daran hindert langfristige Interessen durch Militärherrschaft zu entwickeln; zweitens um gegen den Diebstahl der Ressourcen der besetzten Bevölkerung vorzubeugen und drittens um sicherzustellen, dass nicht zwei Gruppen auf demselben Land unter separater Gerichtsbarkeit leben.

Die Realität in den besetzten Gebieten belegt diese Punkte: Dank der Siedlungen ist das Westjordanland Heim von israelischen Bürgern, die unter israelischer Demokratie leben und alle dieselben Rechte genießen wie die innerhalb Israels leben, neben ihnen die Palästinenser die unter israelischer Militärherrschaft leben. Dieser Gruppe mangelt es an grundsätzlichen Rechten, sie können nicht bestimmen wer sie regiert und ihr Leben wird durch israelische Militärgesetze bestimmt, die von israelischen Militäroffizieren erlassen werden.

Die getrennten Rechtsordnungen erlaubt umfangreichen Diebstahl an Ressourcen. Es ist kein zufälliges Ergebnis, dass nur 1% Land in dem von Israel kontrollierten C-Gebiet (das über 60% des Westjordanlands ausmacht) für palästinensische Entwicklung eingeteilt ist und alles andere für Juden. Mit über 750.000 Siedlern wird es zusehends schwieriger über einen israelischen Rückzug aus den palästinensischen Gebieten zu sprechen.

Jede israelische Regierung hat seit dem Beginn der Besatzung an systematischem Raub palästinensischen Landes teilgenommen – von Shimon Peres, einer der Gründerväter der Siedlungen, über Yitzhak Rabin, unter dessen Führung sich die Anzahl der Siedlungen verdoppelte, bis zur heutigen Regierungskoalition. RichterInnen des Obersten Gerichtshofs haben sich ebenfalls beteiligt und den Diebstahl abgesegnet, genauso wie Banken die Darlehen für den Bau illegaler Häuser auf palästinensischem Land vergeben haben.

Steinbruch- und Minenunternehmen beteiligen sich ebenfalls, gemeinsam mit den Unternehmen die beim Bau der Trennmauer geholfen haben. Die Mauer, die gegen internationales Recht verstößt folgt nicht der grünen Linie und hat tatsächlich palästinensisches Land, zum Vorteil der Siedlungen annektiert.

Soldaten und Polizeioffiziere, die den Diebstahl überwachen und das diskriminierende Regime erhalten sind ebenfalls am Siedlungsunternehmen beteiligt. Die Liste der Beteiligten ist lang.

Die Logik jedes Regierungshandelns in den besetzten Gebieten in den letzten 50 Jahren war „alles zu tun was gut für die Juden ist“. In der Vergangenheit gab es den Versuch diese Logik als „aufgeklärte Besatzung“ darzustellen, mit einem Minimum an Respekt für den Anschein von Fairness. Das Normalisierungsgesetz repräsentiert die totale Aufgabe dieses Anscheins. Man kann davon ausgehen, dass der Oberste Gerichtshof zu gegebener Zeit diese Fassade an Fairness wieder herstellen wird, jedoch nicht vor dem Einfrieren der Räumung von mindestens 16 illegalen Außenposten auf Privatland und nicht bevor die Siedler die Gelegenheit hatten mehr Land zu stehlen.

Aber ob mit oder ohne diesen äußerlichen Anschein, ist das Siedlerunternehmen das Herz der Besatzung. Jeder der über das Formalisierungsgesetz spricht und dabei diese Fakten vergißt, tut dem Kampf für Frieden und Gleichheit in diesem Land Unrecht.

Ein letzter Kommentar als Antwort auf die erwarteten Reaktionen zu diesem Artikel: es bedeutet nicht, dass Juden nicht in irgendeiner spezifischen Gegend leben können sollen, oder dass die einzige Lösung darin besteht alle Siedlungen aufzulösen, oder dass es eine Gegend geben muss wo es keine Juden gibt.

Das fundamentale Problem mit den Siedlungen – was eine Besatzung zu einer Besatzung macht – ist das Militärregime das zwei Gerichtssysteme durchsetzt, eines für Juden und eines für Palästinenser.

Eine gemeinsame Existenz ist möglich in diesem Land, sei es in einem gemeinsamen Staat, dessen Subjekte alle Bürger mit gleichen Rechten sind, oder zwei Staaten, die in Frieden nebeneinander leben, oder in einer Föderation. Das Problem ist der Diebstahl und die einseitige Politik, die aus der Wahrnehmung jüdischer Überlegenheit und Exklusivität auf allen Gebieten entsteht und die durch das Militär abgesichert ist.

Wenn wir das Militärregime loswerden, das was gestohlen und zerstört wurde zurückgeben, palästinensische Rechte anerkennen und zusammen Vereinbarungen entwerfen, die auf Gleichheit in diesem Land basieren, ist alles möglich. Andererseits ist alles was wir machen nur ein Teil eines großen Formalisierungsgesetzes, das in den letzten 50 Jahren stattgefunden hat.

Quelle: <https://972mag.com/israels-land-theft-law-is-just-the-tip-of-the-settlement-iceberg/125071/>

Übersetzung: M. Kunkel, Pako